

Chronik des Monats November 2008

1.11. – Bolivien. Die Regierung suspendiert die Zusammenarbeit mit der US-Behörde für Drogenbekämpfung (DEA). Das Personal der DEA, so die Begründung, habe die bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Osten des Landes im September d.J. finanziell und durch Spionage unterstützt.

2.11. – Russland. Präsident Medwedjew empfängt in Moskau seine Amtskollegen Sarkissjan (Armenien) und Aliyev (Aserbaidschan), die sich in einer gemeinsamen Erklärung verpflichten, ihren Territorialstreit um die Region Nagorni-Karabach auf der Grundlage des internationalen Rechts beizulegen. – Am 5.11. übt Medwedjew im außenpolitischen Teil seiner ersten Rede zur Lage der Nation Kritik an der Politik der USA, die zur globalen Finanzkrise geführt habe. Russland beabsichtige, als Antwort auf die geplante US-Raketenabwehr in Polen und Tschechien, Kurzstreckenraketen vom Typ „Iskander“ in das Gebiet Kaliningrad zu verlegen. – Am 11.11. übermittelt Medwedjew dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtszeit für künftige Präsidenten von jetzt vier auf sechs Jahre. Die Vorlage wird im Laufe des Monats von beiden Kammern gebilligt. – Am 26.11. zitiert die „Neue Zürcher Zeitung“ eine Rede von Regierungschef Putin: Kein Staat dürfe die eigene Sicherheit auf Kosten anderer gewährleisten, militärische Bündnisse dürften die Sicherheit Europas und seiner Randgebiete nicht beeinträchtigen und dürften nicht zum Nachteil Dritter vergrößert werden. Der im kommenden Jahr auslaufende russisch-amerikanische Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen müsse erneuert werden.

3.-4.11. – EU-Mittelmeer-Union. Die Außenminister der 43 an der Mittelmeer-Union beteiligten Staaten (zur Gründung vgl. „Blätter“, 9/2008, S. 126) legen in Marseille Mandat, Struktur und Sitz (Barcelona) der neuen Organisation fest. Frankreich und Ägypten stellen zunächst die beiden Co-Präsidenten, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde sind mit je einem der fünf stellvertretenden Generalsekretäre vertreten.

4.11. – USA. Der Kandidat der Demokraten, Senator Barack Obama, wird zum 44. Präsi-

denten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Obama erhält 52 Prozent der Stimmen, sein Gegenkandidat, der Republikaner Senator John McCain, erhält 46 Prozent; Obama übertrifft deutlich das erforderliche Minimum von 270 Wählern. Die Demokraten können auch bei den gleichzeitig stattfindenden Teilwahlen zum Kongress ihre Position in beiden Kammern ausbauen. Nach Bekanntgabe seines Wahlsieges tritt Obama im Grant Park in Chicago vor seine Anhänger (Text der Rede in „Blätter“, 1/2009, S. 106 ff.). Präsident Bush sagt seinem Nachfolger eine „lückenlose Zusammenarbeit“ bis zur Amtsübernahme am 20. Januar 2009 zu.

– **Bundestag.** Aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 verabschiedet das Parlament eine Erklärung, die zum verstärkten Kampf gegen Antisemitismus und jede Form des Judenhasses aufruft. Ein von der Regierung eingesetztes Expertengremium soll dazu in regelmäßigen Abständen berichten. – Am 13.11. verlängert der Bundestag mit 428 gegen 130 Stimmen bei acht Enthaltungen das Mandat für die deutsche Beteiligung an der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ (OEF) bis Mitte Dezember 2009.

5.11. – EU. Kommissionspräsident Barroso nennt den Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahlen einen „Wendepunkt für die Vereinigten Staaten“. Ein neuformiertes Tandem EU und USA könne sogar zu einem Wendepunkt für die gesamte Welt werden. Barroso schreibt an Obama: „Wir brauchen eine neue Übereinkunft für eine neue Welt.“ Parlamentspräsident Pötering lädt Obama ein, bei seinem ersten Besuch in Europa eine Rede vor dem Europäischen Parlament zu halten. – Am 7.11. verabreden die Staats- und Regierungschefs in Brüssel eine gemeinsame Position für den bevorstehenden Finanz- und Wirtschaftsgipfel der G20 in Washington. Hilfsprogramme für die Banken sollen abgestimmt werden. – Am 10.11. folgen die Außenminister einer Empfehlung der Präsidentschaft und der Kommission, die nach dem Georgien-Konflikt ausgesetzten Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland fortzusetzen. Die Kommission

verfüge nach wie vor über ein kollektives Verhandlungsmandat aller 27 Mitgliedstaaten. Entsprechend einem UN-Beschluss (vgl. „Blätter“, 1/2009, S. 111) wird sich die EU mit einer eigenen Mission (Operation „Atlanta“) an der Bekämpfung der Seeräuberei am Horn von Afrika beteiligen. – Am 13.11. kündigt die Kommission in einem „Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität“ einen grundlegenden Perspektivenwechsel an. Die Rolle der politisch umstrittenen Atomenergie bleibe Sache der Mitgliedstaaten. Die Zahl der auf 15 EU-Mitgliedstaaten verteilten Atomreaktoren wird mit 148 angegeben. – Am 14.11. tagt in Nizza ein EU-Russland-Gipfel. Präsident Sarkozy plädiert in Anwesenheit von Präsident Medwedjew für eine neue paneuropäische Sicherheitsarchitektur und ein Raketen-Moratorium. – Am 26.11. erläutert Barroso den Plan für ein Konjunkturprogramm in Höhe von 200 Mrd. Euro. Die Mitgliedstaaten sollten 170 Mrd., die Kommission und die Europäische Investitionsbank 30 Mrd. je zur Hälfte übernehmen.

9.11. – Naher Osten. Das „Nahost-Quartett“ aus Vertretern der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, Russlands und der USA setzt sich bei einem Treffen im ägyptischen Badeort Sharm el Sheikh für die Fortsetzung des Friedensprozesses zwischen Israelis und den Palästinensern ein. Trotz schwindender Hoffnung auf den Abschluss eines Abkommens im laufenden Jahr müsse die Suche nach einer Lösung des Konflikts vorangetrieben werden. An den Beratungen nehmen auch die israelische Außenministerin Livni und der palästinensische Unterhändler Kureia teil. Für das Frühjahr 2009 ist eine Nahost-Konferenz in Moskau geplant. – Am 12.11. äußert sich der israelische Präsident Peres in New York am Rande einer UN-Konferenz über die „Kultur des Friedens“ gegenüber dem saudischen König Abdallah positiv über die arabische Friedensinitiative. Drei führende israelische Tageszeitungen veröffentlichen am 20.11. eine ganzseitige Anzeige der Palästinensischen Autonomiebehörde, die den Text dieser Initiative aus dem Jahr 2002 enthält, in der es heißt: „Siebenundünzig arabische und islamische Staaten werden diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen, wenn es einen vollständigen Friedensvertrag gibt und die Besatzung endet.“

10.11. – China. Die Regierung weist nach Gesprächen mit einem Gesandten des Dalai Lama die Forderung nach verstärkten Autonomierechten für die Tibeter zurück, China werde einer halben oder versteckten Unabhängigkeit niemals zustimmen. – Am 26.11. sagt die Regierung einen EU-China-Gipfel kurzfristig ab und begründet die Entscheidung mit der Absicht des französischen Präsidenten Sarkozy, den Dalai Lama während einer Europareise zu treffen.

14.-15.11. – G20-Gipfel. Staats- und Regierungschefs aus 20 führenden Industrie- und Schwellenländern sowie Vertreter internationaler Organisationen beraten auf einem „Krisengipfel“ in Washington über die Reform des internationalen Finanzsystems und die Überwindung der Wirtschaftskrise. Eine umfangreiche Schlusserklärung enthält zahlreiche Vorschläge, die Finanzminister sollen bis zum 31. März 2009 konkrete Beschlüsse vorbereiten. Ein weiterer Gipfel ist für den 30. April 2009 vorgesehen.

14.-16.11. – Die Grünen. Eine Delegiertenkonferenz in Erfurt wählt den Europaabgeordneten Cem Özdemir mit 79,2 Prozent der Stimmen zum Nachfolger des scheidenden Co-Vorsitzenden Reinhard Bütikofer, die Co-Vorsitzende Claudia Roth wird mit 82,7 Prozent in ihrer Funktion bestätigt. Renate Künast und Jürgen Trittin werden zu Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen im kommenden Jahr bestimmt.

18.11. – IGH. Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen nimmt eine von Kroatien eingereichte Klage an, in der Serbien (damals Bundesrepublik Jugoslawien) beschuldigt wird, während des serbisch-kroatischen Krieges in den Jahren 1991 bis 1995 die Genozid-Konvention verletzt zu haben. In Belgrad heißt es am 21.11., man werde Kroatien ebenfalls wegen Völkermords verklagen.

19.11. – Hessen. Der erst im Januar d.J. gewählte Landtag (zur Zusammensetzung vgl. die Rubrik „Wahlen“ in dieser Ausgabe) löst sich mit den Stimmen aller fünf Fraktionen vorzeitig auf. Die Bemühungen der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andrea Ypsilanti, an der Spitze einer von der Linkspartei tolerierten Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen den Geschäftsführenden Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) abzulösen, waren

am Widerstand von vier SPD-Abgeordneten kurz vor der entscheidenden Abstimmung gescheitert. Neuwahlen sollen am 18. Januar 2009 stattfinden.

– **IWF.** Der Internationale Währungsfonds bewilligt Island einen Kredit in Höhe von 2,1 Mrd. Dollar. Um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden, erhält Island von den skandinavischen Staaten weitere 2,5 Mrd. Dollar. Die Kredite sind an ein hartes Sanierungsprogramm gebunden.

– **IAEO.** Generaldirektor ElBaradei stellt dem Gouverneursrat der Internationalen Atomenergie-Organisation einen Bericht zu, der sich mit einer von Israel im September 2007 bombardierten Anlage in Syrien befasst (vgl. „Blätter“, 11/2007, S. 1405). Bei den bei Inspektionen gefundenen Partikeln nicht angereicherten Urans könne es sich nicht um natürliche Uranspuren handeln.

– **Georgien-Konflikt.** Unter Schirmherrschaft von UNO, EU und OSZE und in Anwesenheit eines Vertreters des US-Außenministeriums werden in Genf erstmals direkte Gespräche zwischen Georgien und Russland über eine Lösung des Konflikts geführt (vgl. „Blätter“, 1/2009, S. 110). Wichtiges Thema ist die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen. Weitere Treffen sind für Dezember d.J. vorgesehen. Der abchasische Vizeaußenminister Grinija rechnet mit jahrelangen Verhandlungen. – Am 28.11. sagt Präsident Saakaschwili vor einem Untersuchungsausschuss aus, die Entscheidung Georgiens über das militärische Vorgehen gegen Südossetien im August d.J. sei eine Reaktion auf Meldungen über grenznahe russische Truppenkonzentrationen gewesen.

23.11. – Österreich. Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP) gehen erneut eine „Große Koalition“ ein (zum Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahl vgl. „Blätter“, 11/2008, S. 127). Bundeskanzler wird der SPÖ-Spitzenkandidat und bisherige Verkehrsminister Werner Faymann, Vizekanzler der künftige ÖVP-Vorsitzende Josef Pröll. Außenministerin Ursula Plassnik (ÖVP) scheidet wegen Meinungsverschiedenheiten über die künftige Europapolitik aus dem Kabinett aus.

25.11. – Grönland. Die Bevölkerung der zu Dänemark gehörenden Insel stimmt mit großer Mehrheit (75,5 Prozent, Wahlbeteiligung 72 Prozent) für eine Ausweitung der Autono-

mie. Grönländer werden als Volk im völkerrechtlichen Sinne anerkannt, Grönländisch wird zur offiziellen Landessprache erhoben. Das Referendum, so heißt es, sei ein Schritt in Richtung der vollständigen Unabhängigkeit von Dänemark.

26.11. – Tschechien. Das Verfassungsgericht weist sechs Einsprüche gegen den Beitritt des Landes zum Lissabon-Vertrag über die Europäische Union zurück, der Vertrag stehe nicht im Widerspruch zum nationalen Recht. Staatspräsident Klaus lässt erklären, er werde ein Ratifikationsgesetz erst unterschreiben, wenn auch Irland dem Vertrag zustimme. Tschechien übernimmt im ersten Halbjahr 2009 den EU-Vorsitz.

– **Indien.** In der Millionenmetropole Bombay (Mumbai) besetzen Terrorkommandos zeitgleich öffentliche Gebäude, darunter den Hauptbahnhof, zwei Luxushotels und ein jüdisches Zentrum, nehmen Geiseln und liefern sich Feuergefechte mit Sicherheitskräften, Sprengsätze lösen Brände aus. Die Aktion, die Zahl der Toten und Verwundeten geht in die Hunderte, kann erst nach Tagen blutig beendet werden. Die Regierung geht von einer Verbindung der Attentäter mit „Elementen“ in Pakistan aus.

– **Thailand.** Die Armeeführung fordert Neuwahlen und lehnt ein militärisches Eingreifen in den seit Monaten schwelenden Konflikt um Premierminister Somchai Wongsawat ab. Demonstranten der Volksallianz für Demokratie (PAD) belagern weiter den Regierungssitz und blockieren die beiden Flughäfen von Bangkok, um den Rücktritt von Wongsawat zu erzwingen, dem sie Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft vorwerfen.

27.1. – Irak. Das Parlament setzt ein Referendum für den 30. Juli 2009 an, bei dem über den Vertrag mit den USA über den Status der amerikanischen Streitkräfte entschieden werden soll (vgl. „Blätter“, 1/2009, S. 112).

28.11. – Bundestag/Bundesrat. Das vom Bundestag nach kontroverser Debatte am 12.11. mit 375 gegen 168 Stimmen bei sechs Enthaltungen verabschiedete Gesetz zur Neuregelung (Ausweitung) der Befugnisse des Bundeskriminalamts (BKA) bei der Terrorbekämpfung findet in der Länderkammer zunächst keine Mehrheit. Die umstrittene Vorlage geht an den Vermittlungsausschuss.

Zurückgeblättert...

In der Januar-Ausgabe 1959 findet sich ein Beitrag der 24jährigen Ulrike Meinhof über den Anti-Atomkongress in Berlin, auf dem die angehende Journalistin und spätere RAF-Terroristin durch ihren rhetorischen Schlagabtausch mit dem damaligen Bundestagsabgeordneten und SPD-Hoffnungsträger Helmut Schmidt („Schnauze“) erstmals bundesweit in Erscheinung trat.

Die Texte finden Sie – wie gewohnt – auf www.blaetter.de.

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

- Verlag:** Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Berlin, Torstraße 178, 10115 Berlin; Postfach 540246, 10042 Berlin
Amtsgericht Berlin Charlottenburg HRB 105991 B
Finanzamt für Körperschaften II, Berlin St.-Nr. 37/239/21010
- Gesellschafter:** Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
- Geschäftsführer:** Annett Mängel, Telefon 030/30 88 - 36 43, Fax 030/30 88 36 45
- Bankverbindung:** Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502
IBAN: DE543701 0050 0147 9935 02
- Vertrieb:** Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 54 02 46, 10042 Berlin
Telefon 030/30 88 36 44, Fax 030/30 88 36 45
E-Mail: abo@blaetter.de, Internet: www.blaetter.de
- Redaktion:** Daniel Leisegang, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg
- Anschrift:** Torstraße 178, 10 115 Berlin; Postfach 54 02 46, 10 042 Berlin
Telefon 030/30 88 - 36 40 (Zentrale), - 36 41 (Scharenberg), - 36 42 (v. Lucke),
- 36 43 (Mängel), - 36 44 (Leisegang)
Fax 030/30 88 - 36 45, E-Mail: redaktion@blaetter.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. keine Gewähr. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

- Anzeigen:** Telefon 030/30 88 - 36 44. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 18
- Layout und Satz:** Tinbrain, Berlin
- Druck:** Moeker Merkur Druck, Köln

An dieser Ausgabe wirkten als Praktikanten Alexander Sander und Markus Schulz mit.

Blätter-Gesellschaft: Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., vormals abgekürzt „Blätter-Förderverein“, gibt in Verbindung mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift die Blätter für deutsche und internationale Politik heraus. Ihr stehen Prof. Dr. h.c. Karlheinz Koppe, Dr. Corinna Hauswedell und Dr. Wolfgang Zellner vor. Die „Blätter“ erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft. Beiträge – ab 10 Euro monatlich – und Spenden sind steuerabzugsfähig. Sitz: Bonn, Wurzerstr. 136, 53 175 Bonn; Außenstelle Berlin: Postfach 54 02 46, 10042 Berlin. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 1028 171 700.

Preise: Einzelheft 9,00 Euro, im Abonnement jährlich 75,60 Euro (ermäßigt 58,20 Euro). Alle Preise inklusive Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 2/2009 wird am 31.1.2009 ausgeliefert.

© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416. G 1800 E